

Eine Bürgerinformation in „geschütztem“ Rahmen

Verwaltung und Arbeitskreis Asyl sprachen mit Anwohnern über Teil-Belegung ausgedienter Schulen mit Flüchtlingen

Weinheim. (web/zg) Die Stadt Weinheim hat am Montag eine Informationsveranstaltung ausgerichtet. Eingeladen waren die Anwohner der früheren Albert-Schweitzer-Schule und die Anlieger der ebenfalls nicht mehr für Schulbildungszwecke genutzten Johann-Sebastian-Bach-Schule. In beide Gebäude werden in absehbarer Zeit Menschen mit Fluchterfahrungen einziehen. Die Veranstaltung war nicht-öffentlich. Die Verwaltung hatte dies damit begründet, dass man eine offene Diskussion in einem geschützten Rahmen führen wolle. Der nachfolgende Bericht ist eine Pressemeldung der Stadt. Diese gibt die Sicht der Verwaltung wieder.

*

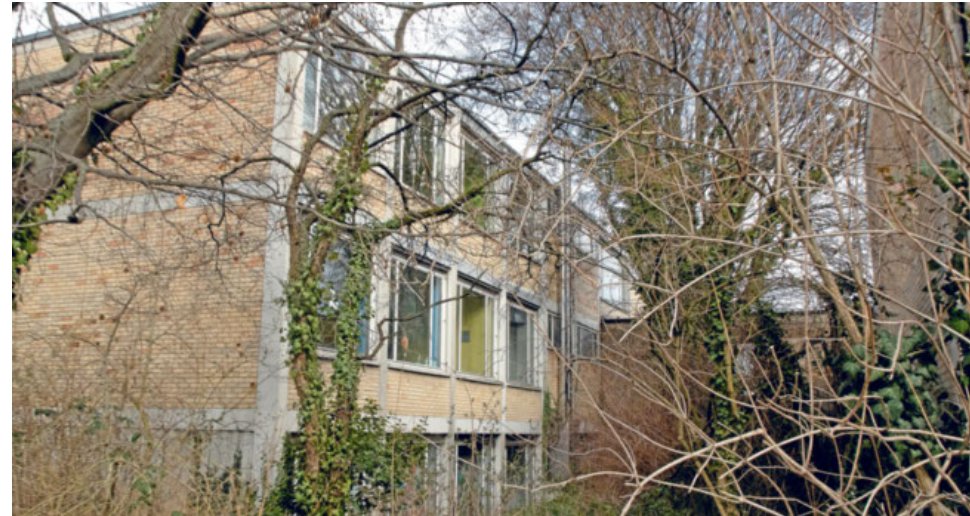
Sie waren an der Seite ihres Oberbürgermeisters in Mannschaftsstärke angetreten, vom Integrationsmanagement, vom Ordnungsamt, vom Amt für Immobilienwirtschaft, vom Baurechtsamt, vom Bildungsamt, vom Amt für Soziales. Das zeigte, wie sorgsam die Stadt beim bevorstehenden Zuzug von weiteren rund 135 Flüchtlingen in die früheren Gebäude der Schweitzer- und der Bach-Schule vorgehen will. Im Saal der Kirchengemeinde St. Marien wollten die Anwohner der beiden Immobilien aus erster Hand erfahren, was demnächst passieren wird.

Beide Gebäude sind in den zurückliegenden Monaten für die Unterbringung geflüchteter Menschen ertüchtigt worden.

Wann sie belegt werden, hängt davon ab, wie schnell der Rhein-Neckar-Kreis die für eine Anschlussunterbringung vorgesehenen Menschen nach Weinheim bringt. Wann das sein wird und um welche Personen es sich handelt (Nationalität, Familien, Alleinstehende, Frauen oder Männer), kann die Stadtverwaltung noch nicht genau eingrenzen. Sie hat dies auch nicht zu entscheiden.

In der früheren Bach-Schule können rund 35 Menschen wohnen, in der Schweitzer-Schule etwa 85. „Aber wir rechnen nicht damit, dass wir die Kapazität voll ausschöpfen müssen“, erklärte die städtische Integrationsbeauftragte Ulrike Herrmann. Die gut 100 Anwohnerinnen und Anwohner, die das städtische Informationsangebot angenommen hatten, setzten sich interessiert, aber in einem gewissen Maße auch verständnisvoll mit dem Thema auseinander. Sie schätzten die Offenheit der kommunalen Akteure. „Wir müssen hier über alles offen sprechen“, erklärte Ulrike Hermann. Wichtig sei, dass die Anwohner wissen, wer im Rathaus zuständig ist und als Ansprechpartner zur Verfügung steht.

Auch Oberbürgermeister Manuel Just verhehlte nicht, dass die Flüchtlingsfrage die Stadt und ihre Bürger gleichermaßen vor eine „Mammut-Aufgabe“ stelle. „Wir stoßen an die Grenzen der Belastbarkeit“, erklärte der OB. Allerdings sehe er eine



Rund 85 Flüchtlinge ziehen in einen Gebäudeflügel der früheren Schweitzer-Schule. F.: Kreutzer

„gesetzliche Pflichtaufgabe und eine humanitäre Verpflichtung“. Die Stadtverwaltung suche die Nähe und die Solidarität der Bürgerinnen und Bürger. Just: „Es geht einerseits darum, dass Sie ein gutes Wohnumfeld behalten, und andererseits darum, diese Menschen würdig willkommen zu heißen.“

Auch Vertreterinnen und Vertreter des ehrenamtlich arbeitenden Arbeitskreises (AK) Asyl berichteten von ihrer Tätigkeit und ihren Zielen. An den beiden neuen Standorten, so Mareike Merseburger, werde man ein Standortteam bilden. Und Elfi Rentrop erklärte: „Je eher die Anwohner und die Flüchtlinge als neue Nachbarn aufeinander zugehen, desto leichter wird es.“ Ulrike Hermann, Dieter Dumtzlaff vom Ordnungsamt, Peter Zschippig vom Amt für Immobilienwirtschaft und OB Just konnten einige Bedenken mit Erklärungen zerstreuen. So sei eine ausreichende räum-

liche Trennung zwischen den Unterkünften und anderen Einrichtungen gegeben – auch bei der Sichtverbindung. Bezogen werde jeweils nur ein Gebäudeflügel, eine nachträgliche Erhöhung der Kapazität sei nicht vorgesehen.

Just wollte kein Blatt vor den Mund nehmen. Im Wohnumfeld der Menschen werde sich etwas ändern. Er betonte, dass die Stadt angesichts der gewissermaßen vor der Tür stehenden Flüchtlinge schnell habe handeln müssen, um zum Beispiel die Belegung von Turnhallen zu vermeiden: „Für beide Immobilien sprach, dass sie uns gehören und leer stehen.“ Seine Beschreibung aus der Erfahrung mit anderen Standorten für Flüchtlingsunterkünfte: „Es gibt nicht mehr Nachbarschaftsstreitigkeiten als in anderen Wohngebieten.“

① **Info:** Auskünfte zu dem Thema unter integration@weinheim.de.